

Elke Gruber

Politische Bildung und Erwachsenenbildung – ein pädagogisch-struktureller Blick

„Die fruchtbarste und natürlichste Übung unseres Geistes sind nach meiner Meinung Gespräche und Diskussion. Sich ihnen zu widmen finde ich angenehmer als jede andre Beschäftigung im Leben.“ (Montaigne 1999, S. 462)

„Prallen die Meinungen aufeinander, verärgert oder beleidigt mich das also keineswegs – es dient mir vielmehr als Anregung und Ansporn. [...] Gibt man mir Kontra, erregt das meine Aufmerksamkeit, nicht meinen Zorn. Dem, der mir widerspricht, öffne ich mich: Ich lerne ja von ihm. Die Wahrheit sollte unser beider Anliegen sein.“ (ebd., S. 463)

Zwischen Politik und Bildung besteht im deutschsprachigen Raum ein schwieriges Verhältnis. Verantwortlich dafür zeichnen beide Seiten: der besondere Charakter des Bildungsbegriffs ebenso wie ein eigen(tümlich)es Politikverständnis: Die Wurzeln für dieses schwierige Verhältnis reichen in die Geschichte zurück. Werfen wir einen kurzen Blick darauf.

Während noch im frühen 19. Jahrhundert Bildung an das utopische Versprechen von Freiheit und Gleichheit gekoppelt war – also Bildung durchaus „politisch“ gedacht wurde –, setzte mit dem Neuhumanismus eine Entpolitisierung des Bildungsverständnisses ein. Der ästhetisierende Zugriff des Bürgertums auf das Gute, Wahre und Schöne in der Bildung ließ weder Platz für das Politische noch für das Nützliche – im Gegenteil: Im Falle der beruflichen Bildung kam es sogar zu einer richtiggehenden Frontstellung gegenüber der allgemeinen Bildung, wobei die dahinterstehende Dichotomie von Brauchbarkeit und Zweckfreiheit bis heute unser Bildungsgeschehen und unsere Bildungsdiskussion prägt. In der Folge wurden das Politische und die Beruflichkeit aus der Bildung „verbannt“ und als eigene Bereiche und Disziplinen gesehen und im Bildungswesen etabliert. Im Falle der beruflichen Bildung erfolgte dies schon bald und durchaus erfolgreich (u. a. mit der Gründung berufsbildender Schulen, später auch mit der Etablierung von Angeboten zur beruflichen Fortbildung), was die politische Bildung betrifft, schlug ihre Stunde erst später (u. a. mit der sozialen Frage) und ihr Weg gestaltete sich im schulischen wie außerschulischen Bereich wesentlich schwieriger.

Korrespondierend zur Vorstellung vom besonderen Charakter der Bildung ist im 19. Jahrhundert auch eine eigen(tümlich) e Sichtweise auf das Politische zu beobachten. Während die „Mutterländer“ der Demokratie Frankreich, England und Amerika das Politische pragmatisch mit Gleichheit vor dem Gesetz, Herrschaftsteilung und Marktkontrolle gleichsetzten, war man im deutschsprachigen Raum der Ansicht, dass politische Freiheit ein Produkt des Wissens, der Empfindsamkeit und der Freiheit des Herzens sei. Auf Bildung umgelegt bedeutete das, dass Bildung zwar als Mittel galt, um die Gesellschaft zu verändern, dies sollte jedoch nicht auf direktem politischen Weg, sondern vermittelt über die ästhetische Erziehung des Menschen und in den engen Grenzen bürgerlicher Gesellschaftskonzeption

geschehen. Unter diesen Prämissen entwickelte sich eine eigen(tümlich)e „Gemengelage“ von Ästhetisierung und Ideologisierung, von Vereinnahmung und Distanz, die bis in die Gegenwart das Verhältnis von Bildung und Politik prägt.

Mit Blick auf den historischen Exkurs verwundert es nicht, dass sich klassische Begriffsbestimmungen von politischer Bildung vielfach über eine Abgrenzung zu anderen Bildungsbereichen definieren und/oder spezielle Institutionen zum Thema Politische Bildung in den Blick nehmen. Dies gilt für die politische Bildung als Dachbezeichnung für alle Bildungsanstrengungen zum Thema ebenso wie für die politische Erwachsenenbildung/Weiterbildung als einem speziellen Bildungsbereich für die erwachsene Bevölkerung. Im deutschsprachigen Raum wird das Politische eben nicht als integrierter Bestandteil der Bildung (Erwachsener) gedacht, wie dies zum Teil in den angelsächsischen Ländern der Fall ist, wo „adult education“ sogar von manchen VertreterInnen mit politischer Erwachsenenbildung gleichgesetzt wird, sondern es wird entweder als Teil der allgemeinen Erwachsenenbildung/Weiterbildung ausgewiesen (vgl. u. a. Weinberg 2000, S. 39) oder neben allgemeiner und beruflicher Erwachsenenbildung/Weiterbildung als eigener Bereich postuliert (vgl. u. a. Alt/Sauter/Tillmann 1994, S. 46).

Gleichzeitig existiert eine Fülle an Bezeichnungen für die Bildungsprozesse von Erwachsenen. Während – die häufig synonym gebrauchten – Begriffe Erwachsenenbildung, Weiterbildung und Fortbildung vor allem das organisierte Lernen im Lebensabschnitt des Erwachsenenalters bezeichnen, kommt beim aktuellen Begriff des lebenslangen Lernens verstärkt der informelle Wissenserwerb, das selbstorganisierte Lernen und die gesamte Lebensspanne menschlicher Existenz als Bildungsphase in den Blick. Für die Erwachsenenbildung bedeutet dieses Konzept, dass hauptsächlich von der EU ausgeht, einen radikalen Paradigmenwechsel: Erwachsenenbildung wird nicht mehr, wie noch zu Beginn der Diskussion um das lebenslange Lernen, mit diesem gleichgesetzt, sondern Erwachsenenbildung ist im Rahmen des Konzeptes des lebenslangen Lernens nur mehr ein Akteur unter vielen und organisierte Lernprozesse sind nur mehr eine Strategie zur Aneignung von Wissen unter mehreren¹.

Die unklare Positionierung des Themas politische Bildung sowie die verschiedenen konzeptionellen Ansätze und Begrifflichkeiten zur Erwachsenenbildung/Weiterbildung durchziehen die Bildungsdiskussion der jüngeren Vergangenheit bis zur Gegenwart. Sie spiegeln sich demgemäß im Titel des gegenständlichen Artikels und in den folgenden Ausführungen wider: Es wird bewusst nicht von der politischen Erwachsenenbildung gesprochen, vielmehr werden verschiedene Begrifflichkeiten rund um die politische Bildung Erwachsener – ganz im Sinne eines offenen Projektes – in den Blick genommen. Wobei unter „politisch“ all das subsumiert wird, was im griechischen in Bezug auf die „polis“ als das Gemeinwesen, das Öffentliche bezeichnet wird.

Tatsächlich beginnt sich auch in Österreich in den 1970er Jahren des letzten Jahrhunderts der Gedanke durchzusetzen, dass politische Bildung ein wesentliches Instrument zur Demokratisierung der Gesellschaft ist. Damit verbunden sind Überlegungen, die neben einer institutionellen Verankerung eine rechtliche und finanzielle Absicherung des Themas politische Bildung anstreben. Das Interesse richtet sich zuerst auf die Schule, später auch auf die politischen Parteien und die Erwachsenenbildung (vgl. Baumgartner 2007, S. 11).

Für unser Thema sind die beiden letzten Bereiche bedeutsam. Kurz hintereinander werden zwei Gesetze erlassen, die bis heute – aufgrund von Novellierungen – die Basis für die Förderpolitik im Bereich der politischen Bildung von Erwachsenen bilden. Das „Bundesge-

setz vom 9. Juli 1972 über die Förderung der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit der politischen Parteien“ regelt die Förderung der politischen Bildungsarbeit der Parteien und verpflichtet diese, insofern sie im Parlament vertreten sind, politische Akademien zu gründen. In der Erstfassung des Gesetzes wird noch der Terminus der „staatsbürgerlichen Bildungsarbeit“ verwendet, in der Wiederverlautbarung von 1984 (geändert 2003) wird von politischer Bildung gesprochen. Die in der Folge gegründeten politischen Akademien bilden mit ihren Angeboten und ihrem nicht unerheblichen Fördervolumen² bis heute ein wesentliches, in der Öffentlichkeit jedoch viel zu wenig bekanntes, Standbein politischer Erwachsenenbildung – vielleicht, weil die Angebote, der im Sinne der Parteienförderung ins Leben gerufenen Institutionen, großteils nur im Aufmerksamkeitskreis der jeweiligen Partei verbleiben.

Das „Bundesgesetz über die Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens aus Bundesmitteln vom 21. März 1973“ (kurz „Förderungsgesetz“ genannt; Änderung 1990 und 2003) zielt hingegen auf die Förderung der gesamten Erwachsenenbildung ab – ausgenommen bleiben u. a. die innerbetriebliche Aus- und Weiterbildung. Der im Gesetz angeführte Themenkatalog weist die politische Bildung ausdrücklich als förderwürdig aus. Allerdings wird nicht explizit definiert, was unter politischer Bildung zu verstehen ist. Damit stehen wir vor der Situation, dass es hierzu keine eindeutige Definition gibt. In erwerbspädagogischen Fachkreisen den Versuch gab und gibt, politische Bildung zu definieren – zumeist lehnte man sich dabei an deutsche Definitionen an – es jedoch keine offizielle Definition von politischer Bildung für Erwachsene existiert.

In dieser Aufbruchzeit – und auch später – werden einige wichtige Impulse für die politische Bildung für Erwachsene gesetzt, die bis heute nachwirken. Dazu zählen:

- die Gründung der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung (1977) und ein Jahr später der Aufbau des – 1992 wieder geschlossenen – Österreichischen Instituts für Politische Bildung im burgenländischen Mattersburg; das u. a. die Zeitschrift „Politische Bildung“ herausgegeben hat,
- die Durchführung der so genannten „Burgenländischen Zertifikatskurse für politische Bildung“, die in den Jahren 1970–1990 von einer dafür eigens geschaffenen Volkshochschule angeboten wurden,
- die Entwicklung und Implementierung neuer, interessanter Ansätze politischer Bildung in die Erwachsenenbildung (u. a. Kulturarbeit, Gemeinwesenarbeit – unter diesem Titel formierte viele Jahre eine erfolgreiche Seminarreihe am Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in Strobl),
- eine Verbreiterung und Pluralisierung des Themas Politische Bildung durch die Ansprache neuer Zielgruppen (v. a. im Zuge der Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen) sowie im Zuge dessen die Entwicklung innovativer Lernsettings und neuer Lernortangebote (u. a. Geschichtswerkstätten, Zukunftswerkstätten, Museen, Frauenprojekte, soziale Räume).

Weitere wichtige Anstöße erhielt die politische Bildung seit Mitte der 1990er Jahre mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Dadurch konnte nicht nur die finanzielle Förderbasis verbreitert werden, auch neue thematische und konzeptionelle Impulse fanden Eingang in die traditionell eher konservativ aufgestellte österreichische Erwachsenenbildungslandschaft (u. a. Civic Education, Citizenship Education, Lernende Region).

Neben den genannten positiven Entwicklungen sind über die Jahre auch Versäumnisse und Rückschläge zu beklagen. Kritische Stimmen sehen diese sogar in der Überzahl. Zum

Teil waren die Probleme „hausgemacht“ – so gelang es weder das Thema Politische Bildung in der Angebotsstruktur der Erwachsenenbildung breiter zu verankern, noch erfolgte eine nachhaltige Institutionalisierung der politischen Erwachsenenbildung (ähnlich z. B. der deutschen Bundeszentrale und den Landeszentralen für Politische Bildung). Auch konnte sich die politische Bildung nicht aus den „Fängen der traditionellen Parteipolitik“ befreien, was laut Baumgartner (2007, S. 15) wesentlich zum Scheitern einer der Pionierrichtungen der politischen Bildung, dem Maltersburger Institut, beitrug. Zum Teil ergaben sich die Schwierigkeiten aus der allgemeineren Situation der Erwachsenenbildung. Diese war gekennzeichnet durch eine verspätete Professionalisierung, eine chronische Unterdotierung und eine struktur-konservierende „doppelte Versäulung (durch) einerseits die parteipolitische Versäulung und andererseits die in eine allgemeine und eine berufliche Erwachsenenbildung“ (Bisovsky 1991, S. 15).

Aber auch die neuesten Entwicklungen im Zuge der Europäisierung werfen kritische Fragen auf. Bei aller Wertschätzung der Förderung des Themenbereiches Politische Bildung durch die EU findet diese ausschließlich in Form von Projekten statt. Projekte sind gut geeignet für die Entwicklung von Innovationen, sie haben jedoch einen entscheidenden Nachteil: durch den „brain drain“ nach Beendigung des Projektes sind oft Transfer und Nachhaltigkeit gefährdet. Projekte ersetzen auf Dauer nicht institutionelle Strukturen, fixes Personal und eine Grundfinanzierung – vor allem nicht in der politischen Bildung, die insgesamt zu einem schwierigen Terrain der Bildungsarbeit gehört. Es wäre an der Zeit, eine Zeitgeschichte der politischen Bildung zu schreiben, die im Zuge einer wissenschaftlichen Analyse die „blinden Flecken“ aufdeckt und systematisch die politische Bildung für Erwachsene in Österreich rekonstruiert.

Ziehen wir an dieser Stelle ein kurzes Zwischenresümee. Insgesamt fällt die Bilanz der Implementierung des Themas Politische Bildung für Erwachsene zwiespältig aus. Die fach-einschlägigen Interpretationen bewegen sich im Spannungsfeld von Realismus und Skeptizismus. Fest steht, die Aufbruchstimmung der 1970er Jahre ist einer gewissen Ernüchterung gewichen. Behrens (1994, S. 210) bringt dies für die deutsche Situation wie folgt auf den Punkt: „Die Wirksamkeit der PB ist stets überschätzt worden. PB lässt sich unterschieden weniger für bestimmte Zwecke instrumentalisieren, als es die Beteiligten erhoffen oder befürchten: PB eignet sich weder als Instrument zur Herstellung von Massenloyalität noch wird sie wirklich entscheidende soziale und politische Veränderungen bewirken können. [...] Diese faktische relative Bedeutungslosigkeit PB bezüglich ihrer unmittelbaren Wirksamkeit hat durchaus folgerichtigerweise dazu geführt, dass der PB seitens der jeweils herrschenden Eliten – unabhängig von gelegentlich anderslautender Rhetorik – stets eine eher marginale Bedeutung beigemessen wurde und wird. PB wird daher seit vielen Jahren weder nachhaltig gefördert noch ernsthaft unterdrückt.“ (Hervorhebungen, E. G.) Dem ist für die österreichische Situation nichts hinzuzufügen.

Vom großen Weiterbildungsboom der letzten Dekade konnte die politische Bildung im Gegensatz zur beruflichen Weiterbildung nicht profitieren. Politische Bildung für Erwachsene führt heute – wie ehemals – ein Nischendasein und wird in doppelter Weise marginalisiert: Wenn im öffentlichen Diskurs von politischer Bildung die Rede ist, dann wird zumeist auf die Schule verwiesen und die Erwachsenenbildung ignoriert, gleichzeitig ist die politische Bildung für Erwachsene – was Angebote, Forschung und Diskussion betrifft – in der eigenen „Zunft“ unterrepräsentiert – vielfach wird sie nur für „Sonnensprachen“ reaktiviert. Gestützt werden diese Aussagen durch deskriptive Annahmen und vereinzelte Daten von

Anbietern (z. B. Volkshochschulstatistik). Eine breitere empirisch begründete Aussage ist aufgrund der nach wie vor fehlenden bundesweiten Statistik zur Weiterbildung nicht möglich. Selbst ein verlässliches Instrument zwischen der Mikrozensus zum Lebenslangen Lernen (2003) hilft nicht weiter. Da er lediglich zwischen den Kategorien „berufliche“ und „private“ Kurse unterscheidet und die Aufistung der „Ausbildungsbereiche des zuletzt besuchten Kurses“ nach Wissensgebieten und Themen vornimmt, sind keine verlässlichen Rückschlüsse auf die Teilnahmequoten, Themenangebote, Fördermöglichkeiten etc. für politische Weiterbildung möglich.

Denn ob ein Kurs zum Thema „Sozialwissenschaften, Wirtschaft und Recht“ – so eine Kategorie im Mikrozensus – beruflichen Zwecken dient oder als politische Bildung angeboten und von den Teilnehmenden als solche genutzt wird, ist nicht ersichtlich. Diese Tatsache lenkt unseren Blick auf eine grundsätzliche Entwicklung in der (Erwachsenen-)Bildung: Diese besteht darin, dass aufgrund der Wandlungsprozesse in Gesellschaft, Arbeitswelt und Familie sowie Veränderungen in den Bildungsverläufen und Lebenswelten heute eine Zuordnung zu den klassischen Kategorien von Bildung kaum mehr möglich ist. Nehmen wir einen Sprachkurs: Die bessere Beherrschung einer Sprache kann primär beruflich motiviert sein, gleichzeitig nutzt sie der/die Einzelne für private Zwecke, wenn beispielsweise ein Urlaub im Ausland geplant ist; darüber hinaus erfährt man im Kurs oft viel Interessantes über Kultur, Land und Leute und tauscht sich mit den anderen KursteilnehmerInnen über ihre Erfahrungen aus. Findet damit nicht auch implizit politische Bildung statt? Und zwar im Sinne eines besseren Verständnisses, einer größeren Toleranz und Wertschätzung gegenüber anderen Menschen, Kulturen und Lebensweisen? Zu welcher Kategorie gehört dieser Kurs nun – zur beruflichen, allgemeinen oder politischen Bildung? Für die Lernenden dieser/der Einzelnen muss diese Frage nicht wichtig sein, große Bedeutung hat sie aber für die Förderpraxis: Um eine Förderung zu erhalten, muss genau definiert werden, um welche Art von Bildung es sich handelt. So wird möglicherweise der Kurs mit dem Etikett „berufliche Bildung“ vom AMS gefördert, läuft dieser jedoch unter „politischer Bildung“, ist eine Förderung – zumindest von diesem Fördergeber – unrealistisch.

Es stellt sich die Frage „Was heißt politische Bildung für Erwachsene heute?“ Das eben geschilderte Szenario verweist auf eine Entwicklung, die in der Politik ebenso wie in der (Erwachsenen-)Bildung unter der Entgrenzungsthese diskutiert wird. Verantwortlich dafür gemacht wird – je nach Standpunkt und Sprachgebrauch – der postmoderne oder der neoliberaler Strukturwandel der Gesellschaft. Die Entgrenzung wird für das Politische, Stichwort: „Durchtränkung von Lebensfragen“ (Heinen-Tenrich 1994, S. 403), ebenso wie für das Pädagogische, Stichwort: „Pädagogisierung der Gesellschaft“ (vgl. u. a. Höhe 2003, Gruber 2004), postuliert. Der Entgrenzungsthese immanent ist, dass sie gleichzeitig Destruktions- und Restrukturierungsstendenzen aufweist. Das heißt, es kommt einerseits zur Pluralisierung und Entstandardisierung des gesellschaftlichen Geschehens und andererseits zu Überschneidungen und Überlappungen zwischen den verschiedenen Dimensionen. Im Falle von Bildung und Politik schieben sich Lernfelder ineinander, es entstehen neue Lernortkooperationen und die Arenen, die „bespielt“ werden, vervielfachen sich. Für die Pädagogik bilden zwei zentrale Diskussionsstränge eine Art Klammer, mit der man diese Entwicklungen zusammenfassen kann. Das ist zum einen das Konzept des lebenslangen Lernens, das den bildungspolitischen Rahmen der Diskussion vorgibt. Zum anderen handelt es sich um den Ansatz zur Kompetenzentwicklung, der als theoretischer Anker des Wandels in den Bildungszielen und Aneignungsformen (Stichworte: selbstorganisiertes, selbstbestimmtes

und selbstgesteuertes Lernen) fungiert. Verbreitet gilt er auch als „Einfallstor“ einer neuen Verknüpfung von allgemeiner, beruflicher und politischer Bildung.

Am augenscheinlichsten ist die skizzierte Entwicklung in der Angebots- und Anbieterstruktur der politischen Bildung zu beobachten. Ein Blick auf die Homepage der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung macht die Situation verständlich: Zum einen überrascht wie vielfältig, breit und differenziert das Feld der politischen Bildung für Erwachsene mittlerweile ist. Gleichzeitig entsteht aber auch der Eindruck einer Art „Fleckeneteppich“, der klare Konturen, Kompetenzen und Verbindlichkeiten vermissen lässt. Neben explizit ausgewiesenen Anbietern von politischer Bildung für Erwachsene finden sich viele Einrichtungen und Institutionen, die die politische Bildung als „begeordnete Bildung“ (Grieske 2005) neben anderen „Dienstleistungen“ anbieten. Auffällig ist, dass es sich bei einer Vielzahl der aufgelisteten Veranstalter um aus Initiativen und Gruppen hervorgegangene, nicht-staatliche Projekte, Organisationen und Verbände handelt. Daneben werden auch öffentliche und halb-öffentliche Einrichtungen aufgeführt, deren Träger im Kreis der Interessensverbände, Kirchen und staatlichen Einrichtungen sowie der EU angesiedelt sind.

Der Blick auf die Anbieter- und Angebotsstruktur lässt auch Rückschlüsse auf die geübte Förderpraxis zu: Diese ist, mit Ausnahme der gesetzlich geregelten Förderung der politischen Bildungsarbeit der Parteien (s. o.), geprägt durch Projektgelder, Ermessensausgaben und Zuwendungen aus diversen Budgets und Ressorts. Zusammen mit zu geringen Ressourcen, einer ungenügenden organisationalen und strukturellen Verankerung und einer geringen öffentlichen Aufmerksamkeit sprechen KritikerInnen deshalb gern von Österreich als einem „Politische(n) Bildungs-Entwicklungsland“ (Filzmaier 2005). Darüber hinaus spiegeln sich in der Anbieter- und Angebotsstruktur unterschiedliche Zugänge, Konzepte und Lernkulturen wider. Neben – wenigen – formalisierten Angeboten zur politischen Bildung finden sich verstärkt projektorientierte, freie und alternative Arbeitsweisen, aber auch nationale und internationale Netzwerke und Online-Lernangebote nehmen an Bedeutung zu.

Was die Inhalte und Themen der politischen Bildung betrifft, hilft ebenfalls ein Blick auf die Angebote und Veranstaltungen. Hier lassen sich ähnliche Trends und Tendenzen beobachten, wie sie Fritz, Maier und Böhmisch (2006, S. 20ff.) für Deutschland konstataren: Es besteht eine große Anzahl und eine zunehmende Nachfrage zu Präventionsthemen gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sowie zu sozialpolitischen und interkulturellen Themen. „Klassische“ Themen der politischen Bildung, wie Geschichtswerkstätten, Institutionenkunde und das Thema Europa stagnieren oder sind sogar rückläufig. Umgekehrt gibt es Themen, die sich einer wachsenden Nachfrage erfreuen, die aber von den Veranstaltern noch zu wenig angeboten werden. Dazu gehört die Medienkompetenz als Möglichkeit der Teilhabe an moderner Demokratie, arbeitsmarktpolitische und außenpolitische Themen. Ein interessantes Ergebnis erbrachte die Untersuchung hinsichtlich der Orte politischer Bildung. Nach wie vor spielen Bildungshäuser bzw. Bildungsstätten eine große Rolle, insbesondere dann, wenn sie zu „festen Mittelpunkten“ politischer Bildung werden. Darüber hinaus erfährt die politische Bildung mehr und mehr eine „zivilgesellschaftliche Ausrichtung“ in Form des Aufbaus von Netzwerken und Kooperationen. „So wird die Zukunft der politischen Erwachsenenbildung zunehmend darin gesehen, intermediäre Funktionen im Rahmen von regionalen Lern- und Bildungsprozessen zu übernehmen, regionale Netzwerke zu fördern und stärker als bisher Dienstleistungsfunktionen wahrzunehmen.“ (ebd., S. 22).

Am schwierigsten können Aussagen zu den Personen, die in der politischen Bildung für Erwachsene tätig sind, getroffen werden. Es ist anzunehmen, dass durch die Öffnung, Ent-

grenzung und Pluralisierung des Themas die Anzahl der Personen gestiegen ist. Allerdings dürfte speziell für die politische Bildungsarbeit gelten, was allgemein zur Professionalisierungstendenz in der Erwachsenenbildung angemerkt wird. „Prekäre, unsichere Arbeitsverhältnisse und in einigen Bereichen eine extreme Unterdotierung sind zwar keine neuen Phänomene in der österreichischen Erwachsenenbildung – sie nehmen aber rasant zu. Zynisch gesprochen verkörpern viele ErwachsenenbildnerInnen den Typus des ‚Lebens-‘, oder ‚Arbeitskraftunternehmers‘ (Vois/Pongratz 1998), der sich ständig gezielt und kontinuierlich um den ‚Verkauf‘ seiner Arbeitskraft bemühen muss.“ (Gruber 2006, S. 189) Für die politische Bildung ist diese Entwicklung besonders prekär. Gedacht „als Ermöglichungsraum politischer Beteiligung in der Perspektive gelebter Demokratie“ (Fritz/Maier/Böhmisch 2006, S. 20) braucht politische Bildung seitens der MitarbeiterInnen eine gewisse Stabilität und Kontinuität, die im Rahmen von so genannten neuen unsicheren Arbeitsbeziehungen – als Selbstständige oder in Projekten – vielfach nicht gegeben ist.

Zu einem wichtigen Indikator für die Veränderungen in der politischen Bildung wurde in den letzten Jahren die Gegenstandsbestimmung. Hier erfolgte vielfach eine Reformulierung, die den Entwicklungen nach Offenheit und Vernetzung, aber auch nach dem Einbezug informeller und außerinstitutioneller Lernformen verstärkt Rechnung trägt. Als Beispiel dafür soll die Definition der „Politischen Bildungsarbeit in der Erwachsenenbildung“ angeführt werden, wie sie die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung in einem gleichnamigen Grundsatzpapier vom Mai 2007 formuliert: „Wir verstehen politische Bildung als angeleitete und institutionalisierte Möglichkeit der Reflexion über das Politische, um kritisches Bewusstsein, selbstständige Urteilsfähigkeit und politische Mitgestaltung zu fördern. Gezielt in Gang gesetzte Reflexionsprozesse über Politik und Gesellschaft können individuelle und strukturelle Veränderungspotenziale verstärken, Handlungsoptionen eröffnen und konkrete Interventionen ermöglichen. Der Tendenz der Fragmentierung, Funktionalisierung und Ökonomisierung aller Lebensbereiche sowie dem Rückzug aus den öffentlichen Räumen sollen Lernformen entgegengesetzt werden, wo sich Individuen und Gruppen über die gesellschaftlich relevanten Fragen und Probleme verständigen und Wissen und Kompetenzen erwerben können.“³

Wichtig an dieser Definition ist, dass politische Bildung – neben aller Diskussion um deren Öffnung und Pluralität und ihrer Bedeutung als „Querschnittsmaterie“ – als bewusst geplante, angeleitete und institutionalisierte Lernform gesehen wird. Nur so kann man einer gewissen – postmodernen – Beliebigkeit entgegenreten, die sich auch in der politischen Bildung in den letzten Jahren abzeichnet. Bei allen Möglichkeiten des informellen Wissenserwerbs und des Lernens an und bei allen Versuchen, die Attraktivität und Akzeptanz politischer Bildung durch neue Orte, Themen und Kooperationen zu steigern, muss es so etwas wie einen Kernbereich an politischer Bildung und Kompetenz geben, der sich aus den Ursprüngen des Begriffes der „polis“ speist, der sich aber auch den aktuellen inhaltlichen, konzeptionellen und organisationalen Herausforderungen stellt und diese immer wieder neu gestaltet. Sonst droht – zumindest unter den gegenwärtigen Bedingungen – das Abgleiten in eine „zahnlose“ Beliebigkeit, in deren Folge sich die Frage stellt: Was ist daran noch politisch? (In diesem Zusammenhang wäre es interessant, den Slogan der 1960/1970er Jahre: „Alles ist politisch!“ in der Diskussion wieder aufzugreifen und unter den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen neu zu interpretieren.)

Unter dem Motto: Wird's besser? Wird's schlechter? versuche ich am Schluss eine diplomatische Antwort: Es wird anders, da sich die Herausforderungen für die politische Bildung

Erwachsener wandeln. Gesellschaftliche und pädagogische Prozesse gehen dabei Hand in Hand. So stellen sich Fragen des demografischen Wandels, der Migration/Internationalisierung und Globalisierung ebenso wie eine zunehmende Ökonomisierung und Flexibilisierung weiterer Lebensbereiche, die wiederum die Notwendigkeit der Biografisierung des Lernens verstärkt. In der Folge zeichnet sich auch in der politischen Bildung ein Lernkulturwandel ab, der skizzenhaft mit den Stichworten lebenslanges Lernen, Kompetenzansatz und neue Lehr- und Lernformen umrissen werden kann. Was kann politische Bildung in diesem Prozess bewirken? Sie kann sich einbringen, sie kann Räume und Personal zur Verfügung stellen, sie kann Menschen ein Stück weit auf ihrem Bildungsweg begleiten, sie kann zur Reflexion und zum Nachdenken anregen, sie kann Menschen stärken, sie darf auch motivieren, orientieren und die Lust an Diskussionen, auf Gespräche wecken, sie kann Kritik üben und zum Handeln auffordern. Pädagogisch entzahlt sie ihre Kräfte im Zuhören – Beobachten – Informieren, im Analysieren – Verstehen – Meinungen bilden und im Eingreifen – Handeln. Und sie kann sich Themen zuwenden, die Menschen interessieren und berühren und die ein Anschlusslernen ermöglichen. Dazu gehören zukünftig Felder wie

- Politik – Bildung – Internationales
- Politik – Bildung – Kultur
- Politik – Bildung – Soziales
- Politik – Bildung – Arbeit.

Anmerkungen

- 1 vgl. www.erwachsenenbildung.at/magazin/?aid=602&mid=571 Gruber Internet-Artikel (31.3.2008)
- 2 vgl. www.bka.gv.at/Docs/2006/2/3/partekademielforderung.pdf (31.3.2008)
- 3 vgl. www.politischebildung.at/upload/Grundsatzzpapier_oegpb.pdf (31.3.2008)

Literatur

- Alt, C./Sauter, E./Tillmann, H. (1994): Berufliche Weiterbildung in Deutschland. Strukturen und Entwicklungen. Bielefeld.
- Baumgartner, Gerhard (2007): Wagnis Demokratie. 30 Jahre Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung. Wien.
- Behrens, Günter (1994): Weiterbildung und Politik. In: Trippelt, Rudolf (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Opladen, S. 208–225.
- Behrens, Heidi/Notte, Jan (Hrsg.) (2006): Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. Zugänge – Konzepte – Erfahrungen. Schwalbach/Ts.
- Bisovsky, Gerhard (1991): Blockierte Bildungsreform. Staatliche Erwachsenenbildungs-Politik in Österreich seit 1970. Wien.
- Fritz, Karsten/Maier, Katharina/Böhmisch, Lothar (2006): Politische Erwachsenenbildung. Trendbericht zur empirischen Wirklichkeit der politischen Bildungsarbeit in Deutschland. Weinheim, München.
- Fitzmaier, Peter (2005): Politische Bildung und Demokratie in Österreich – ein kurzer Überblick der Trends, Problemfelder und Perspektiven. Thesenpapier zur Konferenz „Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich“ am 28. April 2005 in Wien.
- Gesellschaft für Politische Bildung (2007): Politische Bildungsarbeit in der Erwachsenenbildung. Grundsatzpapier (Mai 2007). online: www.politischebildung.at/upload/Grundsatzzpapier_oegpb.pdf
- Gieseke, Wiltrud (2005): Professionalität. Paradoxien und Widersprüche in der Erwachsenenbildung/Weiterbildung. In: Gutknecht-Gmeiner, Maria: Das Richtige richtig tun. Professionalisierung in der Erwachsenenbildung. Dokumentation der 47. Salzburger Gespräche für Lehrerinnen und Lehrer in der Erwachsenenbildung. Wien, S. 12–34.
- Gruber, Elke (2004): Pädagogisierung der Gesellschaft und des Ich durch lebenslanges Lernen. In: schulteif (Pädagogisierung: Die Kunst, Menschen mittels Lernen immer dummer zu machen), 29. Jg. S. 87–100.

- Gruber, Elke (2006): Verberuflichung bei zeitgleicher Entberuflichung. Professionalisierung in der Erwachsenenbildung in Österreich. In: Meisel, Klaus/Schiermann, Christiane (Hrsg.): Zukunftsfeld Weiterbildung. Standortbestimmungen für Forschung, Praxis und Politik. Ekkehard Nulvisl von Rein zum 60. Geburtstag. Bielefeld, S. 183–192.
- Gruber, Elke (2007): Erwachsenenbildung und die Leitidee des lebenslangen Lernens. Wien. Online: www.erwachsenenbildung.at/magazin/07-0/meb-ausgabe07-0.pdf. ISSN 1993-6818.
- Heinen-Terrich, J. (1994): Neue Orientierungen in der politischen Erwachsenenbildung. In: Korber, K. (Hrsg.): Politische Weiterbildung zwischen Gesellschafts- und Subjektorientierung. Bremen.
- Höhne, Thomas (2003): Pädagogik der Wissensgesellschaft. Bielefeld.
- Montagne, Michel de (1999): Essays. Erste moderne Gesamttübersetzung von Hans Stlett. Frankfurt am Main, korrigierte Aufl.
- Statistik Austria (Hrsg.) (2004): Lebenslanges Lernen. Ergebnisse des Mikrozensus Juni 2003. Wien.
- Weinberg, Johannes (2000): Einführung in das Studium der Erwachsenenbildung. Bad Heilbrunn.